

EU-VERTEIDIGUNGSPOLITIK

# EU goes military



EU auf dem Weg zur Militäreinheit: Bei inter-europäischen Schießübungen in Mazedonien lernen die verschiedenen Corps den gemeinsamen Einsatz. (Fotos: Danièle Weber)

**Der Plan einer Europäischen Militärunion ist bereits über 50 Jahre alt. Doch so gepusht wie heute wurde das Projekt noch nie. Unklar bleibt, ob und wann das Ziel, die US-Hegemonie in Frage zu stellen, erreicht wird.**

Thorsten Fuchshuber  
ist freier Journalist und lebt  
in Stuttgart.

Artemis - so wurde im alten Griechenland die Göttin der Jagd gerufen. Artemis lautet auch der Name des zweiten Waffengangs, den die EU unabhängig von den USA und der Nato durchführt. Wer oder was im Verlauf dieser "humanitären Intervention" im Kongo gejagt werden soll, darüber darf spekuliert werden. Rund 1.400 Soldaten sind dort unter französischem Kommando im Einsatz, um die Konfliktparteien zu trennen und wohl auch, um den Abbau und die Ausfuhr wertvoller Rohstoffe zu sichern.

Sicher ist jedenfalls, dass die EU mit diesem Einsatz der Verwirklichung einer eigenständigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) erneut ein großes Stück näher gekommen ist. Zwar stellt der im März erfolgte Einsatz von EU-Truppen in Mazedonien die erste Peacekeeping-Mission losgelöst von der Nato dar, doch dieser kann angesichts der logistischen Unterstützung durch das transatlantische Bündnis eher als Probelauf gelten. Im Kongo dagegen handelt die EU auf eigene Initiative sowohl politisch verantwortlich als auch vollständig autonom. Die Intervention im Kongo sei ein weit größerer Test für die Anstrengungen der EU, einen militärischen Flügel zu entwickeln, der unabhängig von der Nato ist, urteilte auch die Washington Post.

Am Ende dieser Bemühungen steht der Aufbau der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsunion (ESVU). Sie soll die EU auf Augenhöhe mit den USA bringen - und deshalb auch Rüstungsindustriell unabhängig werden.

Das Konzept einer ESVU ist indessen nicht neu: Erste Versuche, eine europäische Militärunion zu errichten, gab es bereits Mitte der fünfziger Jahre. Schon damals lag ein Schwerpunkt der Überlegungen in einer gemeinsamen Rüstungspolitik.

**Nationale Militärautonomie weiterhin gefragt**

Das Projekt scheiterte jedoch, da die verschiedenen Nationalstaaten zu autonomen militärischen Operationen befähigt bleiben wollten. Es scheiterte auch an einer fehlenden europäischen Rüstungsagentur, die eine einheitliche Bedarfsplanung ermöglicht hätte, sowie am Widerstand der europäischen Rüstungsindustrie, die mehr an ihrem jeweiligen nationalen Markt interessiert war als am internationalen Wettbewerb. Damit sind die Problembereiche benannt, die auch heute noch die wesentlichen Hindernisse auf dem Weg zu einer ESVU darstellen.

Auf den EU-Gipfeln von Köln und Helsinki 1999 wagten die Staats- und Regierungschefs einen neuen Anlauf. Der dort beschlossene Reformkatalog konzentrierte sich vor allem auf das so genannte Headline Goal: Demnach soll die EU bis Ende 2003 in der Lage sein, binnen 60 Tagen eine schnelle Eingreiftruppe mit einer Stärke von rund 60.000 Soldaten in ein Krisengebiet zu verlegen und mindestens ein Jahr im Einsatz zu halten.

Die langfristigen Ziele reichen jedoch wesentlich weiter. Während ein Teil der Pro-

tagonisten der ESVU deren Einbindung in die Nato im Sinne strategischer Kooperation einfordern, plädieren andere für eine vollständig autonome militärische Handlungsfähigkeit der EU.

Keinesfalls besteht dabei die illusionäre Absicht, einen Militärapparat aufzubauen, der sich mit jenem der USA in quantitativer Hinsicht messen kann. Die Strategen setzen auf Effizienz. So formulierte etwa der frühere französische Außenminister Hubert Védrine den Anspruch, weniger simplistisch als die USA, aber ähnlich wirkungsvoll zu agieren.

Die USA betrachten die Schnelligkeit, mit der die ESVU vorangetrieben wird, mit Sorge. Weit mehr als die Vorstellung, die Europäer könnten in kurzer Zeit zu einer den Vereinigten Staaten vergleichbaren Militärmacht werden, fürchtet man im Weißen Haus ein Auftreten der EU als verfestigte politische Einheit, die - ohne ein Vetorecht der einzelnen Mitgliedsländer - mit einer Stimme sprechen könnte.

**Effizienz durch Smart Investment**

Doch genau diese militärpolitische europäische Identität ist eines der Ziele. Staatspräsident Chirac betonte bereits im Mai 2000, dass Europa als Wertegemeinschaft und Weltmacht nur dann wahrgenommen werden könne, wenn es seine Werte und Interessen notfalls auch militärisch verteidige.

Andererseits stehen den Bemühungen um eine funktionierende ESVU zahlreiche politische, ökonomische und

rüstungstechnologische Hindernisse im Wege. So gibt es bislang kein gemeinsames Budget für Militäreinsätze - sowohl die Aktionen als auch die Waffensysteme werden aus den Haushalten der Mitgliedsstaaten bezahlt. Außerdem entscheiden die jeweiligen Parlamente über den Einsatz von Streitkräften, was eine einheitliche Position der Europäer gefährden könnte. Diese Meinungsverschiedenheit wird sich mit dem Beitritt der osteuropäischen Länder zur EU noch verschärfen. Denn spätestens im Zuge des dritten Golfkriegs wurde klar, dass sich einige unter ihnen hinsichtlich eines Militärbündnisses eher in Richtung der Vereinigten Staaten orientieren.

Die größten Sorgen der Planer stellen die niedrigen Rüstungsbudgets und die mangelhaften logistischen Kapazitäten für eine europäische Eingreiftruppe dar. Smart Investment lautet deshalb die Zauberformel. Auf die Anschaffung schwerer Waffen, die ohnehin kaum mehr gebraucht werden, will man in Zukunft verzichten. Statt dessen konzentrieren sich die Planungsstäbe auf die Bildung von optimal ausgerüsteten Spezialeinheiten.

Doch selbst für den Fall, dass weitere Gelder bereitgestellt werden, ist man noch mit der fragmentierten Rüstungsindustrie konfrontiert. Denn bislang waren, wie Joachim Rohde von der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik, einem Think Tank des deutschen Außenministeriums, schreibt, alle größeren westeuropäischen Länder bestrebt [ ], in möglichst vielen technologisch interessanten oder Rüstungspolitisch relevanten Feldern eigene Entwicklungs- und Produktionskapazitäten aufzubauen und zu unterhalten, [deshalb] gibt es in Europa für alle wichtigen Waffensysteme mehrere Produzenten: 16 europäische Kampffahrzeuganbieter stehen beispielsweise drei in den USA gegenüber.

Eine nach wie vor angestrebte europäische Rüstungsagentur soll zu einer Vereinheitlichung führen, um die auf diese Weise in Forschung und Entwicklung freigegebenen Gelder für Anschaffungen frei zu machen. Dies wird sich vermutlich nur gegen den Widerstand seitens der Rüstungskonzerne umsetzen lassen, die sich weiterhin auf die jeweiligen nationalen Märkte konzentrieren. Doch nur dieser Ansatz ermöglicht eine möglichst vollständige Abkopplung von US-amerikanischen Anbietern, da die Militärplaner sich durch eine Konzentration auf wenige Waffensysteme auch höhere Absatzzahlen und damit niedrigere Preise erhoffen.

Die Bedeutung einer solchen Abkopplung hinsichtlich zukünftiger Konflikte, bei denen Europa und USA möglicherweise als Konkurrenten auftreten, wird dadurch verstärkt, dass Streitkräfte sowohl bei der Einsatzvorbereitung als auch bei der Wartung während des Einsatzes zunehmend von industrieller Unterstützung abhängig sind.

Ganz in diesem Sinne wurden von Frankreich, Deutschland, Belgien und Luxemburg bei einem Treffen in Brüssel Ende April konkrete Vorschläge gemacht. Sie sollen in den Verfassungsvertrag der europäischen Union mitaufgenommen werden. Dazu gehören - wenig überraschend - die "Schaffung einer Europäischen Agentur für Entwicklung und Beschaffung militärischer Fähigkeiten", die auch dazu beitragen soll, ein günstiges Umfeld für eine wettbewerbsfähige europäische Rüstungsindustrie zu schaffen und die "Einrichtung eines europäischen strategischen Lufttransportkommandos bis spätestens Juni 2004". Außerdem wird mit Nachdruck die kollektive Fähigkeit zur Planung und Führung von Einsätzen gefordert, um in der Lage zu sein, ohne Rückgriff auf Mittel und Fähigkeiten der Nato zu agieren. Deshalb soll in Tervuren bei Brüssel eine europäische Kommandozentrale eingerichtet werden. Und schließlich: Die Errichtung eines gemeinsamen verlegbaren Hauptquartiers bis spätestens 2004.

Damit ist die Stoßrichtung der Brüsseler Vorschläge klar: Mit den geforderten Maßnahmen soll die Abkopplung von Nato und USA in naher Zukunft erreicht werden. Ob es gelingen wird, die hegemoniale Position der Vereinigten Staaten in Frage zu stellen, hängt wesentlich von drei Faktoren ab:

Erstens müsste zumindest ein Großteil der EU-Staaten für diese Pläne gewonnen werden. Doch Spanien, Italien, Großbritannien sowie einige osteuropäische Länder kritisierten in der Vergangenheit mehrfach, die Initiative drohe die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten zu untergraben. Zweitens müssen die Pläne gegen den möglichen Widerstand der Rüstungsindustrie durchgesetzt werden. Und drittens müssten die Gelder für diese Vorschläge auch tatsächlich bereitgestellt werden. Doch von einem gemeinsamen europäischen MilitärEtat ist in der Brüsseler Erklärung nicht die Rede.

Letzten Endes wird die weitere Entwicklung davon abhängen, ob eine Mehrheit der EU-Staaten ihre nationalen Interessen und die Schaffung optimaler Bedingungen der Kapitalverwertung eher in einem europäischen Militärverbund wahrgenommen sieht, oder ob sie sich aus den gleichen Gründen den Vereinigten Staaten und der Nato zuordnet. Dies verdeutlichen auch zwei Aussagen von Tony Blair und Jacques Chirac von Anfang Mai. Während Blair sich für eine "unipolare Welt" unter der Führung Washingtons aussprach, nannte Chirac das Ziel einer multipolaren Ordnung. Dieses Plädoyer für eine multipolare Weltordnung ist ein Plädoyer für eine vermeintlich pazifistische Machtpolitik, die Krieg ausdrücklich im Kalkül hat.

Thorsten Fuchshuber

EUFOR-PREMIERE

# Üben für den Ernstfall

Die neue EU-Militär-Macht übt auf dem Balkan. Die erste Mission der Eufor ist eine Premiere, bei der sich die Soldaten aufs Beobachten konzentrieren müssen. Der Ernstfall könnte jedoch schneller eintreffen als es ihnen lieb ist.

Der 25. Mai ist kein Tag wie jeder andere. In Vaksince, der Kleinstadt im Nordwesten Mazedoniens, hat sich an diesem Sonntagnachmittag alt und jung auf dem Marktplatz zusammengefunden. Mit ernster Mine tragen ein paar Männer in Plastik gehüllte Kränze über den Platz und legen sie an einem kleinen Denkmal nieder. Hier an dieser Stelle wurde vor zwei Jahren der UCK-Commandant Tigri erschossen. Tigri hat, wie viele der Männer, die hier versammelt sind, für die Schwesterorganisation der gleichnamigen Organisation im Kosovo, die so genannte albanische Befreiungsarmee, gekämpft. Seiner und anderer gefallener UCK-Kämpfer wird heute in Vaksince gedacht.

## Pro-UCK-Trauerfeiern

Das rote Fahnenmeer lässt keine Zweifel: Auch heute noch, zwei Jahre nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Ohrid, sind die Symbole des albanischen "Befreiungskampfes" für die Menschen hier von großer Bedeutung. An Tagen wie diesem Maisonntag soll auch dafür gesorgt werden, dass der Kult des gemeinsamen Kampfes weiterlebt. Zum Beispiel in den Köpfen der Kinder, die stolz auf der Bühne stehen, albanische Hymnen singen und dabei selbst gebastelte Plakate mit Fotos ihrer gefallenen Angehörigen hochheben.

Wie in Vaksince finden in diesen Wochen in vielen Orten in den albanischen Gebieten Mazedoniens ähnliche Gedenkfeiern statt. Die Feierlichkeiten sind zugleich Protestveranstaltungen: Die Menschen hier sind unzufrie-

den mit der Umsetzung des Friedensabkommens, sie fühlen sich in Mazedonien immer noch nicht gleichberechtigt. Unmutsäußerungen dieser Art sind stets Teil des offiziellen Programms. Ebenso der obligatorische Stand auf der Motorhaube eines PKWs, an dem es die Fähnchen der in zwischen verbotenen UCK - sowie US- und Nato-Flaggen - zu kaufen gibt.

"Mit der Hilfe Amerikas" werde man zu seinen Rechten kommen, hofft der ehemalige UCK-Commandant Naim Halili und stellt klar: "Für den Fall, dass das Friedensabkommen von Ohrid nicht umgesetzt wird, werden wir wieder zu den Waffen greifen."

Seit April sind es jedoch nicht mehr die USA sondern ist es die EU, die in Mazedonien den Frieden sichern soll. Rund 350 Männer und Frauen aus 27 Nationen der erweiterten Europäischen Union sind noch mindestens bis September Teil einer Premiere auf dem Balkan: die erste militärische Mission der EU. Eufor heißt die neue internationale Truppe, die in Mazedonien die Mission "Concorde" ausführt. Der einzige Luxemburger vor Ort, Major Alain Arendt, ist zuständig für das Finanzmanagement der Eufor-Mission. Eine spezielle Vorbereitung habe er in Luxemburg nicht genossen, so Arendt, dies sei nicht nötig, da sich "Concorde" nicht groß von anderen Auslandsmissionen unterscheide.

In Nato-Kreisen wird die erste EU-Mission auch gerne als "Micky-Mouse-Mission" bezeichnet. Wenig schmeichelhaft für eine EU, die doch eher das Bild der "etwas anderen" Großmacht im Kommen abgeben will. Der Oberbefehlshaber der Eufor in Ma-

zedonien übt sich in Selbstsicherheit: "L'Otan a apporté un premier élément solide de solutions militaires", sagt Pierre Maral, General-Major der französischen Armee. "Une action militaire de l'Union Européenne s'intègre dans un dispositif beaucoup plus global de gestion de crise."

## Zeigen, was man drauf hat

Es sei höchste Zeit geworden, dass die EU nun endlich zeigt, "ce dont elle est capable", betont seinerseits der EU-Sonderbeauftragte Alexis Brouhns. Der Belgier hat sein Büro nicht im militärischen Headquarter der Eufor am Rande von Skopje, sondern mitten in der Stadt. Hier in der Fußgängerzone, im dritten Stock einer Ladenpassage sitzt der zivile Teil der EU-Mission. "Cela fait quatre ans, que l'Union européenne développe ses capacités militaires et a l'ambition de développer une véritable capacité d'acteur sur le plan stratégique." Wieso Mazedonien? Das Land sei ideal, weil die EU hier seit 2001 "un rôle particulier" gespielt habe, so Brouhns.

Militärisch gesehen könnte diese EU-Premiere spannender werden, als ursprünglich angenommen. In den vergangenen Wochen war es wiederholt zu Zwischenfällen gekommen: Schüsse auf die Kaserne in Tetovo, Straßenblockaden und Bombenanschläge - fast immer hat sich die Albanische Nationalarmee (AKSh), die als Nachfolgeorganisation der UCK gilt, zu den Anschlägen bekannt.

Trotz dieser Zwischenfälle ist weder die militärische noch die politische Führung der EU in Mazedonien beunruhigt. "La situation reste fragi-

le", räumt Alexis Brouhns ein, man sei jedoch viel besser organisiert als vor zwei Jahren. Auch Pierre Maral schätzt die Lage ähnlich ein. Die Bevölkerung habe verstanden, dass "son intérêt n'était plus dans les aventures militaires, mais dans une perspective positive vers l'Union Européenne".

Jeden Tag fliegen die Helikopter der Eufor über das hügelige Land, in dem rund zwei Millionen Menschen leben. Wie viele davon Albaner sind, ist nicht endgültig geklärt, Schätzungen nach sind es zwischen 20 und 30 Prozent, die Resultate der jüngsten Volkszählung im vergangenen Jahr wurden noch nicht veröffentlicht. "Wir wollen vor allem Präsenz zeigen", sagt Lieutenant-Colonel Patrick Meskens. Die großen blauen EU-Flaggen, die eigens für diese Mission auf die Hubschrauber der belgischen Armee gepinselt wurden, seien gut sichtbar für alle, und die EU-Präsenz beruhige die Menschen in Mazedonien.

Auch die nationalen Uniformen der Eufor-Soldaten wurden aufgemotzt: Auf dem Ärmel prangt jetzt ein "Eufor"-Emblem. "Damit lässt sichs besser arbeiten als mit Nato-Abzeichen", sagt Mario Oertel, Oberleutnant der deutschen Bundeswehr. Vor allem bei den im Grenzgebiet lebenden Serben riefen die Nato-Zeichen eher negative Assoziationen hervor. Doch mit den Symbolen ist das so eine Sache. Oertel trägt an seinem Ärmel nicht das sonst übliche grüne Eufor-Emblem mit Concorde-Aufschrift, sondern die blaue EU-Flagge mit den gelben Sternen. Der offizielle Aufnäher sehe leider dem Symbol der mazedonischen Armee etwas ähnlich. "Das kommt hier in den albanischen Dörfern nicht gut an", beschreibt Oertel die Planungsspanne, "wir haben deshalb beantragt, das EU-Zeichen weiter zu tragen."

Oertel ist Teil eines so genannten "Field Liaison Teams" der Eufor. Solche Truppen, die nicht in Kasernen auf der grünen Wiese sondern im Ortskern stationiert sind, sollen den Kontakt zur Bevölkerung pflegen. Auch sie sind hauptsächlich dazu da, Militärpräsenz zu zeigen. Dabei zuzugucken, wie so manch illegales Treiben in den Tälern und Wäldern des Grenzgebiets im Nordwesten Mazedoniens vor sich geht, gehört zum Alltag der Soldaten. "Jeden Morgen, wenn ich jogge, kommen mir mindestens fünf Transporter mit Schmuggelware entgegen", berichtet Oberstabsfeldwebel Frank Meyer. Ein Polizeimandat hat die Eufor nicht. "Die grüßen dann freundlich - alle wissen, dass wir nichts tun können", fügt Meyer lachend hinzu.

Auch bei der Zerstörung wieder aufgebauter Häuser kann die Eufor gewissermaßen nur zuschauen. Im Kreis Lipkovo wurden über 40 Häuser von MazedonierInnen, die vor dem Krieg hier gelebt haben und deren Häuser nach dem Krieg wieder aufgebaut worden waren, erneut zerstört. "Die Albaner wollen

nicht, dass diese Leute zurückkommen", erklärt Mario Oertel. Er steht vor einem Haus in Opae, das bereits zwei Mal wieder komplett renoviert wurde. "Hier wurden sogar die Stromkabel rausgezogen", regt sich Oertel auf. "Jetzt wird das Haus wohl für wenig Geld an die Nachbarn verkauft." Die meisten Dörfer in der Gegend sind seit dem Krieg "ethnisch gesäubert", hier leben 100 Prozent AlbanerInnen - und das soll auch so bleiben.

Doch die ethnischen Differenzen stellen im heutigen Mazedonien nicht das Hauptproblem der Menschen dar. Im Rido, dem Café am Dorfplatz in Matece treffen sich die Männer des Ortes, um zu erfahren, was los ist. Zeit hat hier nahezu jeder im Überfluss. Die Arbeitslosenrate liegt bei 90 Prozent. "Wir sind unzufrieden mit der neuen Regierung", sagt Atulla Memeti, der in Lipkovo im Gemeinderat sitzt. Politisch gesehen habe sich die Lage leicht verbessert, ergänzt der Rentner Sami Zendezi, den einige Kneipenbesucher eigens für die Journalisten herbeigehtolt haben. Ökonomisch allerdings sei die Lage katastrophal. Von den 4.300 Menschen haben in Matece gerade einmal 20 einen Job. Das spreche wohl für sich, sagt Zendezi, der sich neben Arbeitsplätzen für die Zukunft wünscht, dass Mazedonien gute Beziehungen zu den unmittelbaren Nachbarstaaten aufbaut.

## Schmuggelzone - militärisch abgesichert

Zur AKSh wollen sich alle nicht äußern - "ich glaube nicht, dass es eine neue Krise geben wird", sagt der örtliche Polizist. Man höre zwar Gerüchte über bewaffnete Gruppen, doch mit den eigenen Augen gesehen habe man bislang nichts, so Zendezi. Schräg gegenüber vom Rido liegt ein verrosteter T55 auf dem Kopf. Der russische Panzer der mazedonischen Armee wurde während des Krieges erobert, und soll jetzt zum Kriegsdenkmal umfunktioniert werden.

Dennoch: Die EU-Premiere ist nur für sechs Monate angelegt, die Mission Concorde geht offiziell im September zu Ende. Es sei zu früh, abzusehen, ob die Eufor sich dann tatsächlich zurückziehen wird, so Alexis Brouhns. "Une mission qui se termine dans les délais?" fragt der militärische Oberbefehlshaber Pierre Maral, "cela peut arriver". Vor Ort sehen es die Eufor-Soldaten anders: "Wer glaubt, dass ab September hier keine Militärs mehr gebraucht werden, ist schief gewickelt", stellt Oberstabsfeldwebel Frank Meyer klar. Ob die erste Mission der Eufor verlängert wird, wird sich möglicherweise erst kurz vor Schluss herausstellen.

Daniële Weber



Zerstörte Moschee im albanischen Dorf Matece: Die UCK-Fahne zeigt an, wo es auch in Friedenszeiten lang gehen soll.